

Die Logik der Strategie

Paradoxes Handeln als Grundlage
von strategischem Erfolg

von Jürgen Turek

Seit dem 11. September 2001, dem Afghanistan-Feldzug, der kurzen Attacke auf Irak und mit der Bush-Doktrin, so scheint es auf den ersten Blick, ist die Welt sicherheitspolitisch völlig aus den Fugen geraten. Dass sich dies aber nur auf eine neue Lage der Bedrohung und die Reaktion darauf bezieht, nicht jedoch auf die grundlegenden Parameter strategischen Denkens im Konfliktfall – das zeigt Edward *Luttwak* mit seinem über fünf Jahre entwickelten Grundlagenwerk über strategisches Denken.

Allen weiteren Überlegungen stellt der amerikanische Militärhistoriker die Prämisse strategischen Denkens im Konfliktfall voran. Mit Rekurs auf Carl von *Clausewitz* erinnert er uns daran, dass der gesamte Bereich der Strategie von einer paradoxen Logik durchzogen ist, die sich von der gewöhnlichen „linearen Logik“ unterscheidet, nach der wir uns in allen anderen Lebensbereichen richten. *Si vis pacem, para bellum* – wenn du Frieden willst, bereite den Krieg vor – diese Formel sei der augenfälligste Ausdruck für diese paradoxe Logik. Und in der Tat, man stelle sich

die Absurdität eines entsprechenden Ratschlags in einem anderen Lebensbereich als dem strategischen vor: Willst du A, strebe nach seinem Gegenteil B, vergleichbar mit „Willst du abnehmen, iss mehr“. Der Unterschied sei aber der, dass nur im Reich der Strategie, das die Regelung und Folgen menschlicher Beziehungen im Kontext tatsächlicher oder drohender be-

waffneter Konflikte umfasse, paradoxe Behauptungen ihre Gültigkeit erhielten. Im Normalfall sei der schnellste, leichteste und kürzeste Weg zum Ziel auch der beste. Nicht so im Konfliktfall, wenn Gegner aufeinander treffen, die ihren Willen mit Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung durchsetzen möchten. Das gängigste Beispiel für die Gültigkeit und Akzeptanz pa-

radoxen Denkens sei hier die Doktrin der nuklearen Abschreckung, die in den Jahren des Kalten Krieges galt und die durch die Androhung von massenhafter Vernichtung den Frieden zu sichern suchte.

Vor diesem Hintergrund entwickelt der Autor zwei Dimensionen, in denen sich die Logik der Strategie entfaltet: in den horizontalen Auseinandersetzungen zwischen Geg-



Ein Grundlagenwerk
über strategisches
Denken.

nern, die sich den Schachzügen des jeweils anderen trotzig widersetzen, sie durch überraschende Finten und Taktiken abwenden oder durch schwierigere, aber unerwartete Operationen umkehren wollen; und dem vertikalen Zusammenspiel von fünf technischen, taktischen, operativen und höheren Konfliktebenen – die nicht notwendigerweise miteinander im Einklang stehen. In diesem Kontext ergeben sich etwa Disharmonien zwischen technologischen Innovationen und organisatorischen Veränderungen, die zum Erfolg oder Scheitern von strategischen Absichten führen können.

So lösten durch die Israelis eingesetzte unbemannte Beobachtungsflugkörper in den siebziger Jahren zunächst keine große Begeisterung aus, weil sie den traditionellen Waffenkategorien Heer, Luftwaffe oder Marine nicht zugeordnet werden konnten, obwohl sie taktisch wie operativ revolutionäre Auswirkungen hatten: Die Kosten hielten sich in Grenzen und es wurden keine Opfer riskiert. Trotzdem überwog zunächst keiner dieser Vorteile die bürokratische Ablehnung, weil die neue Ausrüstung nicht in die etablierte Ordnung und die gewohnte Zuweisung in den militärischen Hierarchien passte.

In diesem Koordinatensystem der Logik von Krieg und Frieden seziiert *Luttwak* die Anatomie der Strategie und zeichnet damit ihre theoretische wie praktische Kontur. Im Kern schält er auf der horizontalen Ebene die vielfältigen Optionen strategischen Verhaltens heraus, die sich durch die theoretisch unendlich erscheinenden

Variationsmöglichkeiten der Abschreckung durch bewaffnetes Zu- oder Abraten ergeben, die etwa im Kalten Krieg durch ihre virtuose Kombination erst ihre volle Wirksamkeit entfalten konnten. Auf der vertikalen Ebene weist er darauf hin, wie nötig, wie schwierig aber zugleich eine Harmonisierung des Verhaltens ist. Sie mache selbst die einzelne Entscheidung für ein bestimmtes Waffensystem zu einem schwierigen Unterfangen, da es zunächst auf taktischer Ebene evaluiert, dann auf operativer Ebene analysiert und schließlich auf der Ebene der Gefechtsfeldstrategie untersucht werden müsse.

Zum Schluss wird *Luttwak* dann konkret, indem er auf die Bedingungen strategischen Denkens in modernen, pluralistischen Staaten eingeht. Zunächst: Demokratien könnten sich nicht wie schlaue Krieger im Schutz der Dunkelheit an ihre Feinde heranzupirieren. Zudem könnten sie in ihren außenpolitischen Maßnahmen keine Kohärenz herstellen, da sie von den widerstreitenden Kräften der Interessengruppen, konkurrierenden Bürokratien und politischen Fraktionen geprägt würden. Dies werde deutlich am Beispiel der USA, die sich in zahlreiche Widersprüche verstrickt hätten, als die NATO erweitert wurde, während man gleichzeitig versuchte, die Freundschaft mit Russland zu pflegen, und als China zugleich als Freund und als Feind behandelt worden sei. Er schreibt: „Nur wenn alle Inkohärenzen und Widersprüche beseitigt worden wären, hätten die USA bei den Verhandlungen mit allen Ländern ... und bei allen Themen eindeutige

Prioritäten verfolgen können, jedes Mal mit der richtigen Kombination von Versprechungen und Drohungen, Anreizen und Strafaktionen, um den größtmöglichen Einfluss zu sichern“ (S. 346). Für ihn würde diese Kohärenz in Zukunft die Macht der Vereinigten Staaten auf der Weltbühne zweifellos stärken, indem das Potenzial ihrer aktuellen ökonomischen, technologischen, militärischen und informationstechnologischen Vormachtstellung viel stärker nutzbar gemacht werden könnte. Damit würden die USA zur letzten Großmacht der Geschichte werden. Defensive Antworten und feindselige Reaktionen wären aber die unvermeidliche Folge. Wenn die passive Realität der amerikanischen Vormachtstellung dem aktiven Streben nach globaler Hegemonie aber weiche, könnte dies nur die Reaktion hervorrufen, die es in der Vergangenheit immer hervorgerufen habe: heimlichen Widerstand seitens der Schwachen, offene Opposition seitens der weniger Schwachen. Um ihre Unabhängigkeit zu sichern, würden nicht nur China und Russland, sondern auch viele vormalige Verbündete Amerikas in eine globale Koalition gegen die nunmehrige strategische Großmacht USA getrieben.

Damit ist Edward *Luttwak* ganz in der Gegenwart angekommen. Mit seinem überaus lesenswerten Werk zur Logik strategischen Denkens knüpft er nicht nur relativ nahtlos an die grundlegenden Arbeiten von *Clausewitz*, *Raymond Aron* oder *Klaus-Dieter Schwarz* an, sondern er klärt auch im Interesse des Lesers die aktuelle Lage auf. Die USA verfolgen einerseits

klarere, aber unilaterale strategische Ziele, sie reiten andererseits aber auch mit ihrer präventiven Strategie und weltwirtschaftlich den Tiger. Auf vertikaler Ebene hat die amerikanische Strategie – etwa in Irak – erstaunlich funktioniert; auf horizontaler Ebene steht die Neuvermessung der internationalen Politik, hell erleuchtet von einem neuen deutsch-französisch-russischen Gestirn am internationalen Firmament, mittel- und langfristig allerdings in den Sternen. Alles in allem werden Europäer und Amerikaner ernsthafter Sorge dafür zu tragen haben, dass das transatlantische Verhältnis – bisher mächtige Säule internationaler Politik – nicht zur Supernova im 21. Jahrhundert wird.

Edward Luttwak, *Strategie. Die Logik von Krieg und Frieden*, Lüneburg: zu Klampen Verlag 2003, 356 S., 34,00 EUR.

Optionen einer autonomen europäischen Handlungsfähigkeit

MARKUS KAIM

Werner Hoyer/Gerd F. Kaldrack (Hrsg.), *Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Der Weg zu integrierten europäischen Streitkräften?*, Baden-Baden: Nomos Verlag 2002 (Forum Innere Führung, Bd.16), 343 S., 44,00 EUR.

Die transatlantischen Verwerfungen und die innereuropäischen Spannungen, die das Ergebnis der jüngsten Debatte um die Politik der westlichen Verbündeten gegenüber Irak sind, spiegeln tiefer liegende Entwicklungslinien wider, die die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen bereits zuvor geprägt haben. Die Fragen nach der Rolle der USA und der

Europäischen Union im internationalen System angesichts neuartiger Sicherheitsbedrohungen, nach der Nutzung internationaler Organisationen (NATO, UN) für die transatlantische Kooperation, nach den Instrumenten der europäischen sowie der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik und schließlich nach der prinzipiellen Bedeutung militärischer Ressourcen für die Gestaltung der Weltpolitik – all dies sind Probleme, die bereits seit Mitte der neunziger Jahre eine andere transatlantische Debatte bestimmt haben, nämlich diejenige über die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Zwar hat die Frage nach einem europäischen Pfeiler innerhalb der atlantischen Allianz und nach einer Lastenteilung zwischen den Verbündeten dies- und jenseits des Atlantiks bereits von Beginn an die NATO geprägt und auch Bruchlinien der innenpolitischen Debatte in der Bundesrepublik vorgegeben – erinnert sei nur an die Auseinandersetzung zwischen den „Atlantikern“ und den „Gaullisten“ in den sechziger Jahren.

Aber angesichts der zu verzeichnenden Renationalisierung von Sicherheitspolitik nach dem 11. September 2001 und einer zunehmenden Unilateralisierung der amerikanischen Außenpolitik stellt sich die Option einer autonomen europäischen Handlungsfähigkeit mit neuer Dringlichkeit. 35 Wissenschaftler, politische und militärische Entscheidungsträger sowie Vertreter von Wirtschaftsunternehmen haben in den Beiträgen des hier vorzustellenden Bandes die Perspektiven und Probleme der ESVP

unter vielfältigen Blickwinkeln untersucht und dabei den Bogen von den historischen Wurzeln und den aktuellen militärischen Integrationsbemühungen bis hin zu Rüstungs- und Logistikfragen gespannt.

Besonders die ehemaligen und noch aktiven Militärs zeigen sich skeptisch gegenüber der kurz- und mittelfristigen Handlungsfähigkeit der ESVP und ihrem integrationspolitischen Stellenwert. So verweist der frühere Chef des Planungsstabs im Verteidigungsministerium, Ulrich *Weisser*, in seinem Beitrag darauf, dass angesichts der intergouvernementalen Ausrichtung dieses Politikfelds die Mitgliedstaaten den politischen Willen zu einer vertieften Kooperation aufbringen müssten. Solange diese ihre souveräne Entscheidungsbefugnis über den Einsatz ihrer Streitkräfte jedoch nicht an die EU abgäben, werde es nicht zu einer vertieften Integration kommen. Diese Zurückhaltung teilen Thomas *Enders* und Joachim *Rohde* in ihrer Untersuchung der Voraussetzungen für einen europäischen Rüstungsmarkt: Von diesem sei die EU noch weit entfernt, so dass die rüstungstechnologische und -industrielle Basis für die sicherheitspolitischen Ambitionen Europas weiterhin fehle. Dem hält Javier *Solana*, der Hohe Vertreter des Europäischen Rates für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, eine optimistischere Sicht entgegen, indem er im Bereich der ESVP seit dem Kosovo-Krieg eine noch nie gekannte Dynamik zu erkennen glaubt und sie für das zukünftige Schlüsselprojekt der europäischen Integration hält.

Auf Grund der Abhängigkeit der ESVP von den NATO-Kapazitäten bzw. damit mittelbar von den USA räumen die Herausgeber diesen beiden Beziehungen eine zentrale Stellung im Band ein. NATO-Generalsekretär Lord *Robertson* stellt in seinem Beitrag fest, dass ein stärkeres Europa eine Grundbedingung für eine feste transatlantische Sicherheitspartnerschaft sei, attestiert den EU-Mitgliedstaaten aber eine schwache Leistung bei ihren Bemühungen, ihre Armeen den veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen anzupassen: Die europäischen Streitkräfte besäßen zu viele militärische Kapazitäten, die nach dem Ost-West-Konflikt nicht mehr benötigt würden. Für den Fall, dass die EU zu den notwendigen militärischen Beiträgen nicht in der Lage sei, warnt *Robertson* vor einer fatalen Arbeitsteilung innerhalb der NATO, derzufolge die USA die Kampfeinsätze übernehmen, während der EU die Konfliktnachsorge bliebe. Für den NATO-Generalsekretär bedeutet dies das Ende der transatlantischen Schicksalsgemeinschaft und die politische Selbstmarginalisierung Europas.

Vor diesem Hintergrund sehen osteuropäische Politiker wie der polnische Verteidigungsminister, Janusz *Onyszkiewicz*, oder die estnische Außenministerin, Kristiina *Ojuland*, die NATO und die EU weniger als komplementäre Sicherheitsinstitutionen, sondern als funktionale Konkurrenten in diesem Politikfeld, zwischen denen die Beitrittskandidaten sich entscheiden müssten, und befürchten eher eine Schwächung der transatlan-

tischen Beziehungen durch die ESVP. Einen ähnlich düsteren Ton schlägt Karen *Donfried* vom German Marshall Fund in ihrer Untersuchung der amerikanischen Politik gegenüber der ESVP an. Während in der Amtszeit von Bill *Clinton* diese noch kritisch begleitet und immer auf die notwendige Kompatibilität mit NATO-Strukturen verwiesen habe, sei die Regierung von George W. *Bush* dazu übergegangen, die ESVP-Pläne mehr oder weniger zu ignorieren und stattdessen eine Politik der Bilateralismen zu verfolgen, d.h. ihre Außenpolitik von traditionellen Sonderbeziehungen, Freundschaften und Rivalitäten leiten zu lassen.

Einig sind sich die meisten Autoren darin, dass, um innerhalb der NATO von den USA ernst genommen zu werden, die EU-Mitgliedstaaten mehr Geld in ihre Rüstungsausgaben investieren und diese besser koordinieren müssten. Zwar hat die Auseinandersetzung um den Irak-Krieg bei vielen europäischen Entscheidungsträgern exakt diese Einsicht verstärkt. Jüngste Vorschläge für eine vertiefte Kooperation in diesem Bereich bis hin zu einer Verteidigungsunion belegen dies. Ob die europäischen Regierungen in den kommenden Jahren jedoch bereit sein werden, Teile ihrer Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu vergemeinschaften und ihre eingegangenen militärischen Verpflichtungen im Rahmen der ESVP zu erfüllen und ob sie die innenpolitischen Handlungsspielräume für eine Erhöhung ihrer Verteidigungsausgaben besitzen werden, erscheint vielen der Autoren fraglich.

Die Vereinten Nationen von A bis Z

STEPHAN BIERLING

Edmund Jan Osmanczyk/Anthony Mango (Hrsg.), *Encyclopedia of the United Nations and International Agreements*, 4 Bde., New York/London: Routledge 2003, 2941 S., 495,00 \$.

In den letzten Jahren sind für den an internationaler Politik Interessierten eine Reihe ausgezeichnete wissenschaftlicher Nachschlagewerke erschienen: 1997 die *Encyclopedia of U.S. Foreign Relations*, 1999 die *Encyclopedia of Violence, Peace, & Conflict*, 2002 die *Encyclopedia of American Foreign Policy*. Zu Beginn dieses Jahres kam nun die dritte Auflage der *Encyclopedia of the United Nations and International Agreements* auf den Markt. Sie beschäftigt sich mit nur allen denkbaren Aspekten der Weltorganisation und internationaler Vereinbarungen. Während die anfangs genannten Nachschlagewerke Artikel versammeln, die von diversen Experten verfasst wurden und oft Essaylänge haben, sind die fast 6000 Eintragungen der Enzyklopädie zu den Vereinten Nationen Ergebnis überarbeiteter Beiträge ihres polnischen Begründers Edmund Jan *Osmanczyk* und neuer Artikel eines Researcheteams unter Leitung des langjährigen UN-Mitarbeiters Anthony *Mango*.

Von Aachen bis Zyklon B reichen die Eintragungen, und oft staunt der Leser, welche Fülle an Material auf den annähernd 3000 Seiten geboten wird. Auf der willkürlich aufgeschlagenen Seite 221 erfährt man etwa

zunächst unter „Bosporus“, welcher Vertrag die Rechtslage in der Meerenge regelt, unter „Bosra“, dass diese syrische Stadt auf der UNECSO-Liste des Weltkulturerbes steht, und unter „Botswana“, welche Rolle das Land im Rahmen der Vereinten Nationen spielt. Vier Eintragungen danach findet sich nach einer knappen Einleitung der größte Teil des Originaltextes des „Boxer Protocol, 1901“, das den Frieden zwischen China und den europäischen Kolonialmächten wiederherstellte. Überhaupt nimmt der Abdruck von Verträgen, Erklärungen und Konventionen viel Raum ein. Was für ältere Dokumente durchaus sinnvoll ist, erscheint für solche neuesten Datums bisweilen als recht verschwenderischer Umgang mit wertvollem Platz. So kann zum Beispiel das Kyoto-Protokoll, das acht Seiten der Enzyklopädie beansprucht, schnell im Internet gefunden werden. Hier hätte der Leser stattdessen gern mehr als jenes Dutzend Zeilen an Zusatzinformationen geboten bekommen, das sich unter dem Eintrag „Climate Change, UN Framework Convention“ findet.

Vertiefende Analysen sind allerdings nicht Ziel dieses Nachschlagewerks, sondern kompakte, präzise Information. Wer nach einer weiterführenden Diskussion eines Begriffs, Ereignisses oder Sachverhalts sucht, kann sich auf die Literaturempfehlungen stützen, die jedem längeren Artikel angefügt sind – und die, wie es sich für eine Enzyklopädie gehört, die die Weltorganisation zum Thema hat, bisweilen auch auf nichtenglischsprachige Bücher und Aufsätze (leider nur

älteren Datums) aufmerksam macht. Häufige Querverweise und ein detailliertes Stichwortverzeichnis erleichtern den Gebrauch wesentlich. Vor allem die monumentale Recherchearbeit wird die vier Bände dieser Edition schnell in den Rang eines Standardwerks erheben.

Politische Ethik und „International Leadership“

MANUELA GLAAB

Manuel Fröhlich, Dag Hammarskjöld und die Vereinten Nationen. Die politische Ethik des UNO-Generalsekretärs, Paderborn u.a.: Schöningh 2002, 481 S., 50,00 EUR.

Dag Hammarskjöld, zweiter Generalsekretär in der Geschichte der Vereinten Nationen und posthum mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, gilt als der bedeutendste Vertreter dieses Amtes. Durch die Entwicklung neuer Handlungsinstrumente wie z.B. die in der Suez-Krise erstmals eingesetzten Blauhelmtuppen hat Hammarskjöld in seiner Amtszeit von 1953 bis 1961 die UN nicht nur in ihrer formativen Phase geprägt. Wenn sein heutiger Amtsnachfolger Kofi Annan die Frage „Was hätte Hammarskjöld in dieser Situation getan?“ zur Richtschnur des Handelns eines jeden Generalsekretärs erklärt, dann belegt dies vielmehr eine bis heute fortwirkende Prägekraft seiner Ideen.

Eine ebenso umfassende wie substanzielle Studie zur politischen Ethik Hammarskjölds hat nun der Jenaer Politikwissenschaftler Manuel Fröhlich vorgelegt. Gestützt auf die Public Papers und das Tagebuch des Generalsekretärs, auf Archivrecherchen in

Stockholm und New York sowie eine Reihe von Interviews mit ehemaligen Mitarbeitern und Experten, analysiert er den Beitrag des Schweden zu einem ethisch motivierten „international leadership“. Fröhlich sucht nach Verbindungslinien zwischen den ausführlich entfalteten geistigen Grundlagen und dem konkreten politischen Handeln Hammarskjölds, um so die politische Ethik als „Machtmittel“ des Generalsekretärs zu erfassen. Die Arbeitsabläufe im UN-Generalsekretariat, das Instrument der „vertraulichen Diplomatie“ und das Konzept des „International Civil Servant“ werden in diesem Zusammenhang beleuchtet.

Relevanz und Grenzen von Hammarskjölds politischer Ethik erörtert Fröhlich aber nicht nur anhand dessen eigener Amtsführung, sondern auch anhand der Rezeption durch die Amtsnachfolger. Besonders aufschlussreich sind die Ausführungen zum amtierenden Generalsekretär Annan, der sich um eine zeitgemäße Weiterentwicklung der von Hammarskjöld begründeten Tradition bemüht. Die aktuelle Relevanz ethischer Fragen in der internationalen Politik hat sich nicht zuletzt in der Diskussion um die so genannten humanitären Interventionen gezeigt. Bei der Verständigung auf ethische Maßstäbe für die Bewältigung neuer Krisenszenarien bedarf es Fröhlich zufolge des „international leadership“ des Generalsekretärs. Diese Führungsrolle, dies bezeugte schon Hammarskjöld, lässt sich jedoch nur mit Hilfe der Mitgliedstaaten der Weltorganisation erfolgreich umsetzen.

Arsenale des Todes

STEPHAN BIERLING

Joseph Cirincione (mit Jon B. Wolfsthal und Miriam Rajkumar), *Deadly Arsenals. Tracking Weapons of Mass Destruction*, Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace 2002, 465 S., 29,95 \$.

Bei der amerikanisch-britischen Invasion Iraks wurde zum ersten Mal in der Geschichte als einer der Kriegsgründe angeführt, Massenvernichtungswaffen aufspüren und zerstören zu wollen. Dies belegt einmal mehr, dass das Problem der „Weapons of Mass Destruction“ (WMD) heute ganz oben auf der Agenda der internationalen Politik steht. Da Länder, die sich in den Besitz solcher Waffen bringen wollen, dies meist heimlich zu tun versuchen, sind eindeutige Informationen über den Stand ihrer Programme schwer zu erhalten. Wie wenig gesichert das entsprechende Wissen ist, demonstrierte die Debatte vor dem Beginn des Irak-Kriegs, in der die Vereinigten Staaten und Großbritannien die Mehrheit der Sicherheitsratsmitglieder nicht von der unmittelbaren Bedrohung durch irakische Massenvernichtungswaffen zu überzeugen vermochten und auch drei Berichte der UN-Inspektorenteams keine Klarheit brachten.

Der vorliegende Band trägt alle Informationen zusammen, die zu WMD-Programmen aus zuverlässigen Quellen zu erhalten sind. Auch wenn seit Drucklegung des Buches (Juni 2002) Nordkorea seinen Ausstieg aus dem Atomwaffensperrvertrag angekündigt hat, Iran sein eigenes Nuklearprogramm forciert und gegen Irak militärisch vorgegangen

wurde, so ist diese Studie damit nicht überholt. Nur wer die darin präsentierten Fakten und Daten kennt, kann sich ein fundiertes Bild von den aktuellen Entwicklungen machen. Nach einer Bestandsaufnahme der globalen Trends widmet sich der Autor zunächst jenen acht Staaten, die Atomwaffen besitzen: den fünf erklärten Nuklearmächten Russland, China, Frankreich, Großbritannien und USA sowie Indien und Pakistan, die 1998 Kernwaffen getestet haben. Auch Israel, das Fragen nach seinem Atomwaffenpotenzial nicht beantwortet, zählt er zu den Nuklearmächten.

Danach werden die WMD-Programme der drei „harten Fälle“ Nordkorea, Iran und Irak und der beiden Staaten, die zu „einigen Bedenken“ Anlass geben, Algerien und Libyen, analysiert. Betont wird, dass es für eine Gefahreneinschätzung nicht ausreicht, nur die Fähigkeiten eines Landes zum Bau von Massenvernichtungswaffen zu betrachten, sondern dass immer auch der strategische Kontext und die Intentionen der jeweiligen Staatsführung mit einbezogen werden müssen. Schließlich widmet sich das Buch den „Erfolgsgeschichten“ der Nichtverbreitungspolitik, beispielsweise in Weißrussland, Kasachstan und der Ukraine. Mit einer nüchternen Bestandsaufnahme der Fakten leisten Joseph *Cirincione* und seine Koautoren einen wichtigen Beitrag zur Versachlichung der bisweilen recht überhitzten Debatte. Hilfreich ist auch der Anhang des Buches, der auf hundert Seiten die wichtigsten Verträge zusammenstellt und die zentralen Begriffe definiert.